

Ausschussvorlage KPA 18/7

eingegangene Stellungnahmen zu der schriftlichen Anhörung zu dem

**Dringlicher Antrag  
der Fraktion der SPD betreffend Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der  
gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung  
– Drucks. 18/309 –**

- |     |  |       |
|-----|--|-------|
| 11. | Hessische Eltern pro Bildung e. V., Hofgeismar   | S. 45 |
| 12. | VDP - Verband Deutscher Privatschulen Hessen e. V., Wiesbaden                              | S. 46 |
| 13. | Hessischer Elternverein e. V., Bad Homburg   | S. 48 |
| 14. | Arbeitsgemeinschaft der Leiter/innen von Schulen mit gymnasialen<br>Bildungsgang in Hessen | S. 49 |
| 15. | VhU, Frankfurt   | S. 52 |



## Hessische Eltern pro Bildung e. V.

Herrn  
 Dr. Michael Reuter  
 Vors. des kulturpol. Ausschusses  
 Schloßplatz 1-3  
 65183 Wiesbaden

**Vorsitzender:**  
 Maik Sembowski  
 Lamerder Weg 26  
 34369 Hofgeismar  
 05671 920 710  
 0172 56 888 66  
[maik@sembowski.com](mailto:maik@sembowski.com)

Hofgeismar, den 30.10.09

Sehr geehrter Herr Dr. Reuter,

zu den uns übersandten Fragen bzgl. gymnasialer Oberstufe, **Drucks. 18/309**,  
 nehmen wir vorab wie folgt Stellung.

Die 3-jährige gymnasiale Oberstufe sollte unserer Meinung nach in der jetzigen Form erhalten bleiben. Bereits jetzt ist es möglich die Oberstufe 2- oder auch 4-jährig zu absolvieren. Eine strukturelle Änderung erachten wir vom Verein „Hessische Eltern pro Bildung e. V.“ für nicht notwendig. Sinnvoll wäre, evtl. die bestehenden Möglichkeiten durch Überspringen in der Eingangsphase stärker zu nutzen. Die mit der Einführung von G8 im Zusammenhang stehende Schulzeitverkürzung in die gymnasiale Oberstufe zu verlagern, halten wir für völlig verkehrt und gefährlich. Hierbei drohen viele gute Realschüler den Anschluss zu verlieren und am System zu scheitern. Im Sinne dieser – doch recht zahlreichen – Schüler bedarf es auch weiterhin dringend einer Eingangsphase in der gymnasialen Oberstufe.

Das Zentralabitur schafft Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit und sollte beibehalten werden. Allerdings darf es Pannen wie in der jüngsten Vergangenheit nicht mehr geben. Hier müssen in der Tat die Abläufe optimiert werden. Nur dann schafft es letztendlich auch Entlastung und Vergleichbarkeit für Schüler und Lehrer. Bzgl. der Akzentuierung schulbezogen oder zentral bei der Abiturprüfung besteht für uns kein Handlungsbedarf. Aktuell besteht die Gesamtnote im Abitur bereits zu ca. 2/3 aus Leistungen, die schulbezogen und nicht zentral erbracht werden. Dieses Verhältnis erscheint uns ausgewogen.

Weitere Ausführungen erfolgen mündlich vor Ort!

Mit freundlichen Grüßen

*Maik Sembowski*

Vorsitzender



VERBAND DEUTSCHER PRIVATSCHULEN  
 HESSEN e.V.  
 BILDUNGSEINRICHTUNGEN IN  
 FREIER TRÄGERSCHAFT

An den Präsidenten  
 des Hessischen Landtages  
 -Landtagsverwaltung-  
 Postfach 32 40

65022 Wiesbaden

Wiesbaden, 29. Oktober 2009

**Anhörung des Kultusausschusses in öffentlicher Sitzung am 12. November 2009 zwischen 12.30 bis 13.30 Uhr / Hier: Schriftliche Stellungnahme des Verbandes Deutscher Privatschulen Hessen e. V. zu dem Antrag der Fraktionen der SPD im Hessischen Landtag.**

- **Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung / Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 18/309**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
 Sehr geehrte Damen und Herren des Kulturpolitischen Ausschusses,

der Verband Deutscher Privatschulen Hessen e.V. dankt Ihnen sehr herzlich für die Einladung zu dieser öffentlichen Anhörung und nimmt wie folgt zu dem Antrag in schriftlicher Form Stellung:

*Punkt 1. Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe*

Leider war es uns in der Kürze der Zeit nicht möglich, eine fundierte Befragung unserer Mitglieder zu dem Punkt 1. durchzuführen.

Grundsätzlich, ist es per se ein Schwerpunkt der Schulen in freier Trägerschaft, die anvertrauten Schüler bestmöglich nach den jeweiligen Fähigkeiten und Fertigkeiten zu fördern.

VDPHessen/F150609

**VDP //** Verband Deutscher Privatschulen Hessen e. V.

Moritzstrasse 42  
 65185 Wiesbaden

info@privatschulen-hessen.de  
 www.privatschulen-hessen.de

Telefonische Erreichbarkeit:  
 Telefon 0611 / 17 16 001

**Vorstand:**

- Dr. Christian Engel (Vorsitzender)
- Tim Balzer
- Dr. Lothar Jordan
- Dr. Erich Langendorf
- Sevgi Schäfer

**Geschäftsführer:**

- Daniel Frech

**Sitz: Wiesbaden**

Vereinsregister des Amtsgerichts  
 Wiesbaden VR 4233

Bankverbindung:  
 Wiesbadener Volksbank eG  
 (BLZ 510 900 00)  
 Kontonummer 1305808

Dies spiegelt sich vor allem in den unterrichtsergänzenden Angeboten und in den unterschiedlichen Vermittlungsmethoden von Unterrichtsinhalten wieder. Stärker als bei den öffentlichen Schulen ist die begabungs- und neigungsgerechte Schwerpunktsetzung in Verbindung mit dem jeweiligen pädagogischen Konzept der Schulen in freier Trägerschaft die Grundlage für die sehr gute Förderung der Schülerinnen und Schüler an Schulen in freier Trägerschaft. Daher ist aus Sichtweise des VDP Hessen e.V. keine Änderung der Verhältnisse zwischen Wahl- und Pflichtkursen notwendig, da die begabungs- und neigungsgerechte Schwerpunktsetzung an den Schulen in freier Trägerschaft von je her praktiziert wird.

### *Punkt 2. Zentralabitur*

Der Verband Deutscher Privatschulen Hessen e.V. begrüßt die Überlegungen das Zentralabitur wieder abzuschaffen aus folgenden Gründen:

Ein Zentralabitur impliziert nicht automatisch die Gewährleistung, dass dadurch eine Vergleichbarkeit des geistigen Reifegrades der jungen Erwachsenen gegeben ist. Vielmehr wird den Schülern von einer Schule in freier Trägerschaft, ein ihrer Schulzeit und nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten abgestimmter schulischer Bildungsverlauf beschnitten, wenn man sie am Ende ihrer allgemeinbildenden schulischen Ausbildung, wider dem pädagogischen Prinzipien, katalogisiert. Eine Gleichwertigkeit der Abiturprüfungen aller Schulen unabhängig von ihrer Trägerschaft sieht auch der VDP Hessen e.V. als zwingend erforderlich an. Fraglich ist nur, ob das Zentralabitur das geeignete Mittel dafür ist. Dies wird vom VDP Hessen e.V. mit Nachdruck verneint.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Christian Engel  
 (Vorstandsvorsitzender)

Daniel Frech  
 (Landesgeschäftsführer)

Stellungnahme zur Anhörung im Hessischen Landtag am 12. November  
zur Gymnasialen Oberstufe

Der Hessische Elternverein e.V. hat die dringlichen Anträge der SPD und die Fragen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erhalten und gibt in Kürze das Votum des HEV wie folgt wieder :

An der Gymnasialen Oberstufe sollte nichts verändert werden, denn wir sind für die Anschlussfähigkeit aus anderen Schulformen, und halten die JS 11 für gerade diese Schülerinnen und Schüler als eine unumgängliche Möglichkeit sich vor der Qualifikationsphase in die GO einzufinden und gegebenenfalls diese zum Teil als Wiederholungszeit zu nutzen.

Wir geben ebenfalls den Schülerinnen und Schülern, die G 8 durchlaufen haben und für sich die Potenziale sehen, die Möglichkeit in der JS 11 ein Auslandsjahr – oder ein halbes - zu absolvieren. Auch dieser Tatbestand kann ein guter Motivationsschub vor Eintritt in die GO sein.

Wir sollten derzeit keine weitere Unruhe in den täglichen Ablauf der Schulen vor Ort bringen, denn durch die Wahlfreiheit der Eltern und Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen, mit G 8 oder G 9 oder Gymnasien - abgesehen von weiteren Bildungswegen – das Abitur zu absolvieren, sind alle Möglichkeiten gegeben.

Das Landesabitur bietet mehr Transparenz und mehr Wettbewerb unter den Schulen. Dies ist richtig und insbesondere unumstößlich, wenn wir über die Bildungsstandards und die eigenständige Schule sprechen.

Anzudenken wäre :

Es kann darüber nachgedacht werden, ob Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit zu G 7 geboten werden kann. Allerdings müssen hier Kriterien herangezogen werden, wie ein noch zu definierender Notenschnitt vor Eintritt in die GO und eine individuelle Beurteilung der Schülerinnen und Schüler.

Wichtig ist es zunächst in Bezug auf die Standards zügig voran zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen  
Hessischer Elternverein e.V.  
Oktober 2009

F.d.R. CK



(Dringlicher) Antrag der Fraktion der SPD betreffend Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung  
- Drucks. 18/309 –

Stellungnahme der AG Bildungsfaktor Abitur.Hessen (Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter von Schulen mit gymnasialen Bildungsgang in Hessen)

Grundsätzlich ist die Veränderung einer bestehenden Organisationsform fast immer möglich. Zu beachten ist dabei aber, welche Ziele damit erreicht werden sollen und welche Inhalte der neuen Form zugrunde liegen sollen.

Der inhaltliche Kern des Fragenkatalogs bezieht sich auf

- a) die Möglichkeiten einer zweijährigen Oberstufe über den Weg einer sog. Flexibilisierung.
- b) die damit ev. verbundenen Möglichkeiten der verstärkten individuellen Förderung und damit einer verbesserten Vorbereitung auf die Abiturprüfungen.
- c) die Möglichkeit der teilweisen Rückführung des zentralen schriftlichen Abiturs in Form von vor Ort formulierten Themen.

Die angesprochenen Aspekte der Fragen 1. – 4. und 9. – 12. sollten immer einer Evaluation unterzogen werden, um Möglichkeiten der Verbesserung für die Schülerschaft überprüfen zu können. Dazu ist aber keine Änderung der Organisationsform erforderlich. Bei einer deutlichen inhaltlichen Reduzierung der überfrachteten Lehrpläne in beiden Sekundarstufen würden die Lehrkräfte im Unterricht und die Schulen in ihren pädagogischen Profilen genügend Spielraum erhalten, die angesprochenen Fragen stärker als bisher in ihre Arbeit einzubeziehen. Die Einführung der Bildungsstandards (Frage 3) bietet dazu eine gute Gelegenheit, nur müssen die bisherigen Lehrpläne bzw. Stoffpläne wirklich deutlich reduziert werden.

Die Fragen 5. – 8. zielen auf eine zweijährige Oberstufe. Sie erscheint aber aus zwei Gründen zurzeit nicht sinnvoll zu sein. Der Epochalunterricht in einigen Fächern der Sekundarstufe I (in allen Schulformen) ist keine ausreichende Basis für eine Orientierung in der Oberstufe (ob als Leistungs- oder als Grundkurs). Die Schülerinnen und Schüler benötigen die Einführungsphase zur Vorbereitung auf die Qualifikationsphase – auch für die gründliche Überprüfung ihrer individuellen Neigungen. Ein zweiter Grund ergibt sich aus den Umstellungsschwierigkeiten vieler Schüler aus Systemen ohne Oberstufe. Die z. T. großen methodischen und inhaltlichen Schwierigkeiten erfordern unbedingt die Erhaltung der Einführungsphase.



Für diese Schülerinnen und Schüler wäre eine Flexibilisierung der Verweildauer in der Oberstufe keine wirkliche Option. Eine Zusammenführung von Schülern aus einer fünfjährigen und einer sechsjährigen Sekundarstufe I unmittelbar in die Qualifikationsphase lässt zu wenig Raum für die daraus resultierenden pädagogischen Aufgaben.

Frage 18: Die Auslandsaufenthalte in der Organisationsform G 8 sind nach der Klasse 9 oder nach der Einführungsphase weiter möglich und werden auch genutzt.

Beim Thema Landesabitur (Fragen 19. – 24.) haben die überfrachteten Lehrpläne nochmals ihre problematischen Auswirkungen, sowohl auf die tägliche Arbeit in der Qualifikationsphase (zu viel Erarbeitung von Faktenwissen) als auch bei der individuellen Förderung in der Abiturvorbereitung (z. B. Abbau von Prüfungsangst; systematische Begleitung der Vorbereitung; etc.), für die zu wenig Zeit zur Verfügung steht. Von daher sind Fragen der Dezentralisierung (Nr. 23) oder der Beschränkung auf einzelne Fächer (Nr. 24) nicht die zentrale Frage. Gerade in der Mathematik schlägt sich das genannte Problem überdeutlich nieder. Auch die im Beschlussantrag angesprochenen Pannen stehen in keinem Bezug zu diesen inhaltlichen Aspekten, die von den Lehrplänen ausgehen. Insgesamt spricht dieser Aspekt auch gegen eine zweijährige Oberstufe.

Aus der Sicht der Schulen gehen die vorgelegten Fragen aber an einem Kernproblem der Arbeit vor Ort in den Schulen vorbei. Nach der Einführung von G 8 und der noch nicht abgeschlossenen Entwicklung zur Ganztagschule, der Einführung der OAVO im Sommer dieses Jahres benötigen die Schulen nicht schon wieder grundsätzliche Veränderungen in den Organisationsformen, sondern sie brauchen mehr Ruhe und Kontinuität in der Schulpolitik für ihre Arbeit. Andere Bundesländer geben da gute Beispiele.

Was die Schulen dringend brauchen, ist eine inhaltliche Entlastung über eine deutliche Reduzierung der Lehrpläne, um damit mehr Möglichkeiten der individuellen Förderung schaffen zu können. Bei einer Reduzierung des Unterrichtsstoffes ist es mit bloßen Streichungen nicht getan. Durch G8 sind der Reifungsprozess und die damit verbundene Lebenserfahrung der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe noch nicht so weit fortgeschritten, wie das bei G9 der Fall war. Dies kann nicht nur quantitative – , sondern muss auch qualitative Konsequenzen für die unterrichtlichen Inhalte haben.

Eine andere schwerwiegende Frage im Zusammenhang mit den Abiturprüfungen und den damit verbundenen Belastungen für Schüler und Lehrer ist die Vergleichbarkeit der Abschlüsse in den einzelnen Bundesländern. Offensichtlich kann man auch ohne das 5. Prüfungsfach und ohne die Pflichtprüfungsfächer Deutsch und Mathematik auskommen. Hier und in der Frage der Bildungsstandards bzw. der Lehrpläne bitten wir die Politik, ihre



Entscheidungsmöglichkeiten zu nutzen, um die Arbeit in den Schulen zu entlasten und damit für die Schülerschaft individueller und erfolgreicher gestalten zu können.



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE

VhU · Postfach 50 05 61 · 80394 Frankfurt

Herrn  
Dr. Michael Reuter  
Vorsitzender des kulturpolitischen  
Ausschusses  
Hessischer Landtag  
Postfach 3240  
65022 Wiesbaden

Geschäftsführung

Feu/ssc  
Tel: 069 95808-210  
Fax: 069 95808-155

02. November 2009

**Stellungnahme und mündliche Anhörung zum Dringlichkeitsantrag der  
Fraktion der SPD – Drucksache 18/309**

Sehr geehrter Herr Dr. Reuter,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, betreffend Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung (LT-Drucksache 18/309) und übersenden Ihnen in der Anlage die Anmerkungen der VhU.

An der Anhörung selbst können wir leider nicht teilnehmen, da wir an diesem Tag bei Ihnen im Foyer des Landtags die 6. VhU-MINT-Messe unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten durchführen. Dankbar wären wir daher – auch im Namen von Präsident Kartmann – für einen Hinweis auf die Messe in der Anhörung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch, falls möglich.

Mit besten Grüßen

  
Volker Fasbender

  
Jörg E. Feuchthofen

Anlage



**VEREINIGUNG DER HESSISCHEN  
UNTERNEHMERVERBÄNDE**

## **Stellungnahme**

**der**

**Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)**

**zum (dringlichen) Antrag der SPD betreffend  
Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der  
gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung**

**LT-Drucksache 18/309 –**

**sowie**

**Fragenkataloge der SPD-Fraktion und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen**

**Frankfurt am Main, 30. Oktober 2009**

VhU-Stellungnahme zum dringlichen Antrag der SPD Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung LT-Drucksache18/309

## **A. Vorbemerkung**

In den hessischen Schulen wurden in den zurückliegenden Jahren vielfältige Reformen eingeleitet und umgesetzt. Hierzu gehören auch die Einführung des landesweiten Zentralabiturs und die Schulzeitverkürzung G8 im gymnasialen Bildungsgang.

Beide Reformen wurden schon seit langem von der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gefordert, denn:

1. Vor der Einführung des Zentralabiturs waren hessische Abiturzeugnisse in ihrer qualitativen Aussage „nach außen“ wenig vergleichbar. Die (einzel)schulbezogenen und damit unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe wurden immer wieder von Personalverantwortlichen in Unternehmen und von Hochschulen schon beklagt.
2. Deutsche Abiturienten waren mit gymnasialen Schuljahren im internationalen Vergleich zu alt: Sie sind „beim Erreichen der Hochschulreife im Schnitt 19,7 Jahre alt“ (Schavan: 2008). Der deutsche Altersdurchschnitt überstieg jenen in vergleichbaren Ländern erheblich. Hinzu kommt die Zeitverzögerung durch die Pflicht zum Wehr- oder Zivildienst.
3. Das achtjährige Gymnasium (G8) ist internationaler Standard, mittlerweile auch nationaler. In fast allen Bundesländern ist G8 eingeführt, bis auf Rheinland-Pfalz (12,5 Jahre) und Brandenburg.
4. Der wirtschaftliche Nutzen der Schulzeitverkürzung für den Einzelnen und die hessische Volkswirtschaft ist beträchtlich. Ein Jahr früher in den Erwerbsprozess zu starten, ergibt für den einzelnen Akademiker im Schnitt einen finanziellen Vorteil von durchschnittlich 53.800 € (IW-Berechnung). Rechnet man das auf die rund 17.000 hessischen Studienberechtigten hoch, so ergibt sich aus der Verkürzung der Schulzeit von G9 auf G8 für das Land Hessen ein Wertschöpfungsgewinn von rund 1 Mrd. €.

VhU-Stellungnahme zum dringlichen Antrag der SPD Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung LT-Drucksache18/309

In Hessen wurde die Einführung von G 8 ab dem Schuljahr 2004/2005 von heftigen politischen Diskussionen und Widerständen aus einzelnen Parteien, Verbänden, Schulen und Eltern begleitet. Grund hierfür war aus Sicht der VhU vor allem die Tatsache, dass die 265 Jahrgangsstunden aus G 9 beibehalten und kurzerhand auf acht Jahre „komprimiert“ wurden. Das hieß, in acht Jahren mussten genauso viel Stunden unterrichtet werden wie in 9 Jahren. Dies führte zwangsläufig zu einem „übevollen Stundenplan“, mehr Nachmittagsunterricht und einer deutlich höheren Belastung der Schülerinnen und Schüler und der Lehrkräfte.

#### **Fazit aus Sicht der VhU:**

- **Zentrale Abschlussprüfungen sind die Grundlage für die Vergleichbarkeit von Abiturzeugnissen bei Bewerbungen in Unternehmen und Hochschulen.**
- **Sie bilden eine Grundlage der internen Evaluierung und sind damit für den kontinuierlichen Prozess der Qualitätsentwicklung innerhalb des gymnasialen Bildungsgangs unverzichtbar.**
- **G 8 ist internationaler Standard und volkswirtschaftlich richtig.**

**Die VhU spricht sich daher mit Nachdruck dafür aus, auch zukünftig an G8 und den zentralen Abschlussprüfungen festzuhalten.**

VhU-Stellungnahme zum dringlichen Antrag der SPD Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung LT-Drucksache18/309

### **Zum Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache 18/309**

#### **und den Fragekatalogen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Sowohl der Antrag der SPD-Fraktion als auch die beiden Fragenkataloge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werfen zahlreiche detaillierte, für die VhU wichtige Fragen auf, z.B. nach der Abwalmöglichkeit des Fachs Politik und Wirtschaft. Diese Detailfragen lenken aber in der Differenzierung vom eigentlichen „Kern“ ab.

Die entscheidenden Fragen zur Organisation des gymnasialen Bildungsgangs lauten aus Sicht der VhU wie folgt:

- Welche Kompetenzen müssen Abiturienten nach Abschluss der Schule mitbringen?
- Wie sehen die Bildungsstandards für die einzelnen Fächer aus?
- Welche Konsequenzen ergeben sich nach der Einführung der Bildungsstandards für den gymnasialen Bildungsgang und das Landesabitur?

#### Beispiel:

Frage 15 des SPD-Kataloges „Ist die Abwalmöglichkeit des Faches Politik und Wirtschaft .... mit dem Allgemeinbildungsanspruch der Abiturprüfung vereinbar?“

Diese Frage berührt die Interessen der VhU maßgeblich. Seit Jahren setzt sie sich z. B. für eine bessere ökonomische Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer an den hessischen Universitäten ein. Dennoch können wir diese Frage nicht – wie sicher erwartet – mit einem eindeutigen „nein“ beantworten.

Denn die richtige Frage muss lauten: „**Welche ökonomischen Kompetenzen müssen Schülerinnen und Schüler, die ihr Abitur erfolgreich bestehen sollen, mitbringen?**“

VhU-Stellungnahme zum dringlichen Antrag der SPD Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung LT-Drucksache 18/309

Wenn es einer Schule gelingt, ihren Schülern alle geforderten ökonomischen Kompetenzen in nur einem Jahr zu vermitteln, dann wäre das Ziel erreicht. Schüler, die diese Kompetenzen schon bis zur Klasse 10 erworben hätten, könnten dann durchaus das Fach „Politik und Wirtschaft“ in der Oberstufe abwählen.

**Das Beispiel macht deutlich: Bevor Einzelfragen zur Organisation und zu den Prüfungen eines „neuen“ gymnasialen Bildungsganges diskutiert werden, müssen zuerst die Bildungsstandards, die Bildungsziele und die Kerncurricula für die einzelnen Abiturfächer erarbeitet werden.**

Liegen diese fest, können die Schulen selbst entscheiden, wie sie ihr eigenes, schulinternes Curriculum organisieren. Sie müssen „lediglich“ sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler die Standards und Ziele erreichen. Überprüft wird dies durch landeseinheitliche Abschlussprüfungen, interne Evaluierungen und die regelmäßige Schulinspektion.

Ein solches am „outcome“, an Kompetenzen und Ergebnissen orientiertes Vorgehen stellt sicher, dass man künftig in der Politik weniger über Inhalte und Detailfragen diskutiert, die die einzelne Schule meist selbst am besten regeln kann, sondern den politischen Blick auf die „großen Stellschrauben“, wie Standards, selbstständige Schule und Evaluation richtet.

Die VhU geht an dieser Stelle daher nicht auf die zahlreichen Detailfragen im Antrag der SPD und den Fragekatalogen der beiden Fraktionen, sondern schlägt folgende Vorgehensweise vor:

1. Bis zum Schuljahr 2010/2011 werden Bildungsstandards und Bildungsziele für die Fächer im gymnasialen Bildungsgang entwickelt.
2. Gleichzeitig werden das Detailkonzept zur „Selbstständigen Schule“ und ein Masterplan zu ihrer Einführung erarbeitet.
3. Aus beiden Konzepten werden die notwendigen Änderungen der Rahmenbedingungen für die Schulen abgeleitet und die erforderlichen gesetzlichen Re

VhU-Stellungnahme zum dringlichen Antrag der SPD Anhörung des Landtags zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung LT-Drucksache18/309

gelingen für eine Neuorganisation des gymnasialen Bildungsganges verabschiedet.

4. Zu dieser Neuorganisation gehört die Überprüfung der bestehenden Curricula anhand der neuen Bildungsstandards und in der Folge deren Reduzierung auf Kerncurricula als Orientierungsrahmen für einzelschulische Entscheidungen/Festlegungen in der Praxis.

Ein solch transparentes Vorgehen stellt sicher, dass zielgerichtete und sachlich konsequent abgeleitete Entscheidungen getroffen werden. Dabei sind alle Beteiligten auf dem Weg zum „neuen“ Abitur“ mitzunehmen. Die zurückliegenden Erfahrungen aus der Einführung von G8 zeigen, dass die Transparenz der Entscheidungen und die Kommunikation mit den Beteiligten und Betroffenen wichtige Erfolgsfaktoren sind.

Frankfurt, den 30. Oktober 2009

Geschäftsführung

VhU/VII



Volker Fasbender



Jörg E. Feuchthofen